

Elisabeth Köstinger
Bundesministerin für
Nachhaltigkeit und Tourismus

Herrn
Mag. Wolfgang Sobotka
Präsident des Nationalrats
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: BMNT-LE.4.2.4/0159-RD 3/2018

Ihr Zeichen: BKA - PDion (PDion)1962/J-NR/2018

Wien, 12. Dezember 2018

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Mag. Jörg Leichtfried, Kolleginnen und Kollegen haben am 12.10.2018 unter der Nr. **1962/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend Governance-System der Energieunion gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 12:

- Wie war der Stand der Verhandlungen zum gegenständlichen Vorschlag bei Übernahme des Ratsvorsitzes durch Österreich am 1.7.2018? Wie lange dauerten die Verhandlungen bereits an? Konnte der Rat bereits eine allgemeine Ausrichtung erzielen und wenn ja, seit wann lag diese vor? Wie viele Trilogie fanden statt? Hat das Europäische Parlament bereits einen Standpunkt in 1. oder 2. Lesung bzw. ein Verhandlungsmandat beschlossen und wenn ja, seit wann lag dieser vor?
- Welche Arbeiten am gegenständlichen Vorschlag erfolgten unter bulgarischem Vorsitz?
- Wie viele Beratungen (Ratsarbeitsgruppen, AStV, andere Vorbereitungsgremien des Rates, Trilogsitzungen, etc.) fanden unter österreichischem Vorsitz zum gegenständlichen Vorschlag bislang statt? An welchen Tagen und in welchen Gremien?

- Wie viele Termine zur Beratung des gegenständlichen Vorschlags fanden bislang mit dem/der zuständigen BerichterstatterIn des Europäischen Parlaments statt? Wie viele solche Termine mit SchattenberichterstatterInnen?
- Wurde der gegenständliche Vorschlag während des österreichischen Vorsitzes in einer Sitzung des Rates behandelt und wenn ja, in welcher und mit welchem Ergebnis?
- Wurden andere Gespräche über den Vorschlag während des österreichischen Vorsitzes auf MinisterInnenebene geführt?
- Welche wesentlichen Inhalte vertritt der Rat zum gegenständlichen Vorschlag?
- Welche wesentlichen Inhalte vertritt das Europäische Parlament zum gegenständlichen Vorschlag?
- Welche Teile (unter Angabe der Artikel-Bezeichnung) des Vorschlags sind aktuell unstrittig, welche strittig?
- Besteht ein "Dreispalten"-Dokument bzw. aktuelle Kompromissvorschläge des österreichischen Vorsitzes? Welche Dokumentennummer wurde für diese Dokumente vergeben? Wann wurden diese an den Nationalrat übermittelt?
- Welches Ziel verfolgt der österreichische Vorsitz in Hinblick auf den gegenständlichen Vorschlag bis Jahresende?
- Wie lautet die österreichische Position zum gegenständlichen Vorschlag?

Die Europäische Kommission veröffentlichte am 30. November 2016 im Rahmen des „Clean Energy Package for all Europeans“ den Vorschlag zur Verordnung über das Governance-System der Energieunion. Seit Anfang 2017 wurde dieser Vorschlag in der Ratsarbeitsgruppe Energie diskutiert und unter estnischem Ratsvorsitz am 18. Dezember 2017 im Rat für „Verkehr, Telekommunikation und Energie“ eine Allgemeine Ausrichtung erreicht. Die Position des Europäischen Parlaments wurde am 17. Jänner 2018 im Plenum angenommen. Anschließend fanden unter bulgarischem Ratsvorsitz vier informelle Trilog-Verhandlungen statt, an denen Vertreterinnen und Vertreter Österreichs teilweise als Beobachter teilnahmen (erster Trilog am 21.02.2018, zweiter Trilog am 26.04.2018, dritter Trilog am 23.05.2018, vierter Trilog am 19.06.2018).

Im Rahmen des vierten Trilogs konnte noch unter bulgarischem Ratsvorsitz eine Einigung erzielt und die Verhandlungen konnten zu einem erfolgreichen Abschluss gebracht werden. Der Ausschuss für „Industrie, Forschung und Energie“ hat das Verhandlungsergebnis am 10.07.2018 angenommen; das Plenum des Europäischen Parlaments hat am 13. November 2018 über den Vorschlag positiv abgestimmt. Auch im Rat TTE (Transport) am 3. Dezember 2018 wurde das Verhandlungsergebnis angenommen.

Beide Institutionen unterzeichnen den Rechtssetzungsakt am 12. Dezember 2018. Die Veröffentlichung im Amtsblatt findet am 21. Dezember 2018 statt und die Verordnung tritt

drei Tage später, am 24. Dezember 2018, in Kraft. Da die Verhandlungen zwischen dem Rat der Europäischen Union und dem Europäischen Parlament über den Vorschlag der Europäischen Kommission zum Governance-System der Energieunion bereits unter bulgarischem Ratsvorsitz zu einem Abschluss gebracht wurden, finden keine weiteren inhaltlichen oder politischen Arbeiten unter österreichischem Ratsvorsitz statt. Es sind deshalb auch keine Teile des Vorschlags strittig.

Darüber hinaus wird auf die Unterrichtung über Vorhaben im Rahmen der Europäischen Union gemäß § 23e bis 23j B-VG sowie die Bestimmungen des EU-Informationsgesetzes verwiesen.

Sämtliche, im Zuge der Arbeiten an einem Legislativvorschlag erstellte Dokumente werden, sobald sie über das Entwurfsstadium hinausgehen und öffentlich gemacht worden sind, in die Datenbank der Europäischen Union des Nationalrates gestellt.

Ein Spaltendokument liegt vor und wurde dem Nationalrat übermittelt.

Elisabeth Köstinger

